



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

14. September 2018

Wochenbericht KW 37

forsa | Emnid | GMS | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 31 % und 29 %, SPD zwischen 20 % und 16 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Verbesserung der Pflege am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben deutlich positiver
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Ausschreitungen, Demonstrationen in Chemnitz und Köthen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	GMS²	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	31 (+1)	30 (+1)	29 (-1)	30 (-1)
SPD	16 (-1)	18 (+1)	17 (-)	20 (+2)
FDP	9 (+1)	9 (-)	9 (-1)	7 (-1)
DIE LINKE	10 (+2)	10 (-)	9 (-1)	8 (-)
B'90/Grüne	15 (-1)	13 (-1)	14 (+1)	16 (+2)
AfD	14 (-2)	15 (-)	16 (-)	15 (-2)
Sonstige	5 (-)	5 (-1)	6 (+2)	4 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	06.-12.09.	04.-10.09.	11.-13.09.

Die Union liegt bei forsa 15 (+2), bei Emnid 12 (-), bei GMS 12 (-1) und bei FG Wahlen 10 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	46 (-1)
Nahles	13 (-)
Merkel	42 (-)
Scholz	20 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 22 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

85 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 70 % (+1) für Merkel und 3 % (-3) für Nahles entscheiden. 36 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 36 % (-2) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 79 % (-1) der CDU-Anhänger für Merkel und 7 % (-2) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (-4) für Merkel und 10 % (+3) für Scholz entscheiden. 50 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 28 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.09.2018)

² im Vergleich zur KW 31

³ im Vergleich zur KW 35

Problemlösungskompetenz

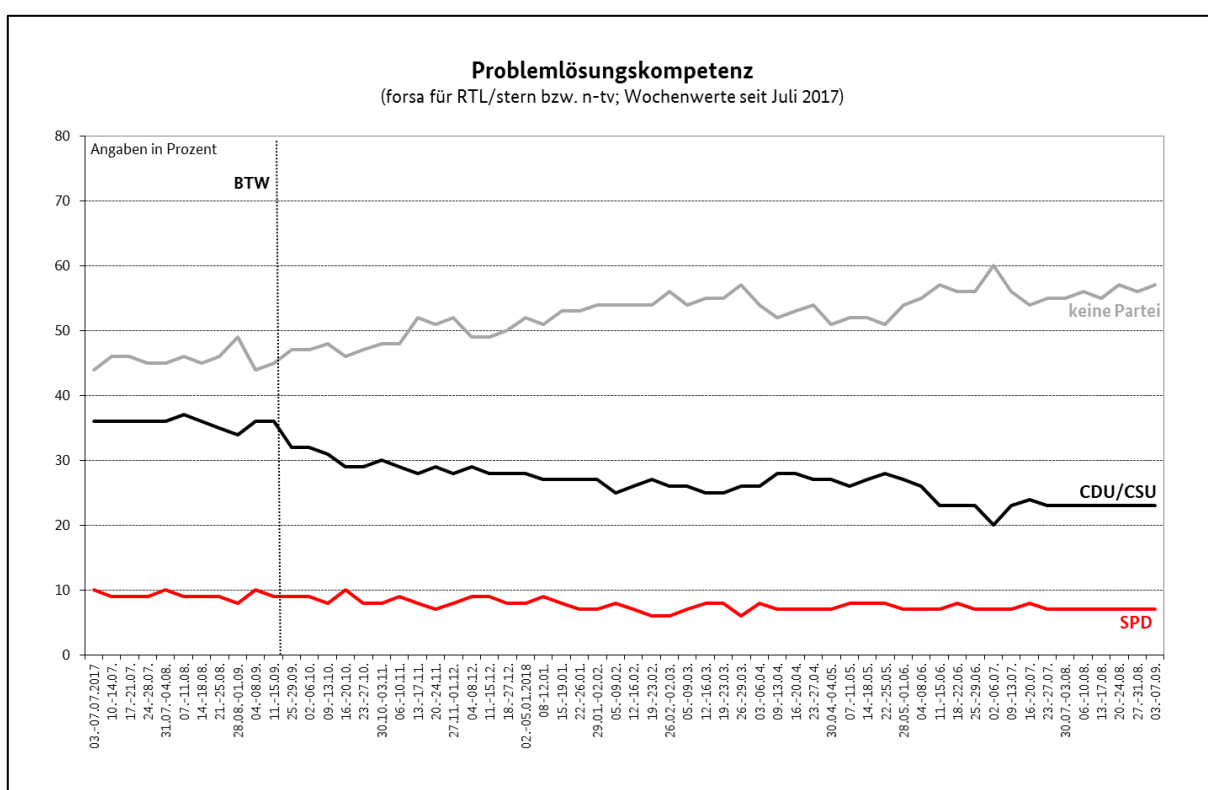
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	23	(-)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	13	(-1)
keine Partei	57	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

58 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (-) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (-)	26 (-)	1 (-)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	70 (-2)	27 (+2)	2 (-)	2 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (-3)	28 (-)	3 (+2)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (-6)	33 (+7)	3 (-2)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+1)	35 (-4)	5 (+2)	0 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (+2)	38 (-1)	5 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (-)	39 (-1)	5 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+1)	39 (-2)	6 (+1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	51 (-3)	41 (+5)	7 (+1)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	46 (+4)	38 (-4)	10 (-2)	4 (+2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (-2)	38 (-)	16 (+5)	3 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	41 (-1)	46 (+1)	10 (-)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (-1)	43 (+1)	10 (-1)	9 (+2)
neue Technologien fördern	33 (-)	50 (+1)	16 (+2)	1 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	33 (-2)	47 (+1)	17 (+1)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	30 (-2)	51 (-3)	15 (+6)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (-5)	48 (+2)	16 (+3)	4 (-)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	50 (-)	18 (-)	4 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (+2)	57 (+2)	13 (-5)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	24 (-2)	55 (-2)	17 (+3)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (-4)	53 (-2)	21 (+8)	3 (-)
Erhebungszeitraum	05.-11.09.2018			

Die Bildungspolitik und eine Verbesserung der Pflegebedingungen sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die Bildungspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 77 %) als sehr wichtig angesehen. Die Anhänger aller Parteien außer der SPD nennen das Thema überdurchschnittlich oft (AfD: 85 %, Linkspartei und FDP: jew. 81 %, Grüne: 80 %, Union: 77 %, SPD: 63 %). Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (81 %) und von Anhängern der AfD (78 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (75 % zu 64 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (78 % zu 61 %). Unter 40-Jährige (58 %) und Ostdeutsche (65 %) sowie Anhänger der FDP (52 %) halten eine Verbesserung der Pflege unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im September 2018

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (+7)	20 (-6)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (+5)	27 (-5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (+2)	28 (-1)
neue Technologien fördern	62 (+6)	30 (-4)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (+2)	33 (-1)
Staatsschulden begrenzen	59 (+3)	32 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	56 (+6)	35 (-5)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-5)	39 (+7)
Verbraucherschutz stärken	54 (+5)	37 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+4)	42 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (-)	43 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	51 (+7)	46 (-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+1)	43 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	46 (+6)	47 (-7)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+8)	49 (-7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	43 (+8)	53 (-6)
Altersversorgung langfristig sichern	37 (+10)	57 (-8)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (+3)	60 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (+2)	62 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+6)	63 (-7)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (+8)	64 (-9)
Erhebungszeitraum	05.-11.09.2018	

In 12 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen. Das gilt besonders für den Bereich "Altersversorgung langfristig sichern" (+10 Prozentpunkte).

Im Politikfeld "innere Sicherheit gewährleisten" verringert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 5 Prozentpunkte.

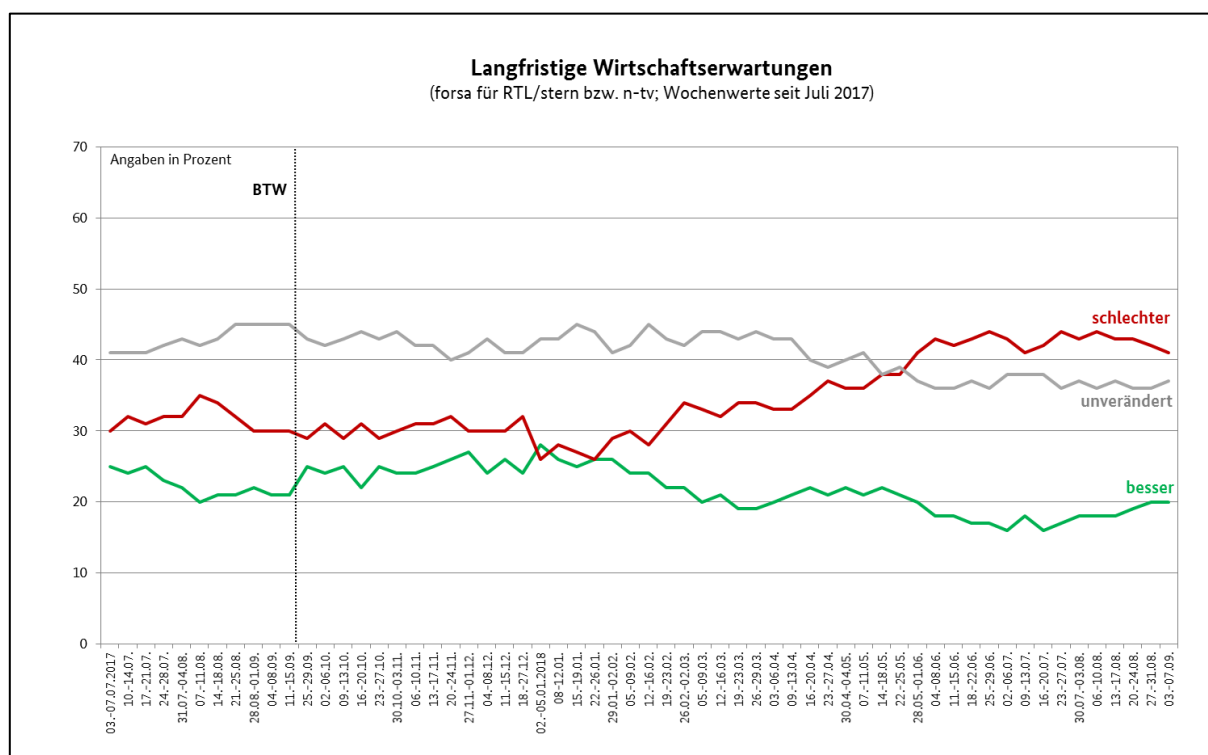
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	20	(-)
schlechter	41	(-1)
unverändert	37	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	46	(-1)
wenig	32	(-)
keine	9	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Personen mit einfacher formaler Bildung (65 %) sowie Anhänger der Linkspartei (75 %) und der AfD (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 51 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (64 % zu 51 %).

Anhänger der FDP (47 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
USA	26	(+1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	13	(-1)
Syrien	12	(+5)
Naher Osten, arabische Länder	12	(+2)
Türkei	7	(-5)
Russland	6	(-)
Asien, Nordkorea	5	(+2)
Krieg, Terrorismus allgemein	5	(+1)
Handelskrieg	5	(-)
(Welt-)Wirtschaftskrise	5	(-1)
Umwelt, Klima	5	(-2)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der SPD (33 %) nennen die USA besonders oft als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	41	(+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-2)
Deutschland tut bereits genug	47	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Gutverdiener (49 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der Grünen (58 %) und der SPD (51 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Geringverdiener (16 %) und Anhänger der AfD (29 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (54 %) und Mittelverdiener (53 %) sowie Anhänger der Union (53 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	45	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	34	(-1)
Erhebungszeitraum	03.-07.09.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (55 %), Ostdeutsche, 30- bis 59-Jährige (jew. 50 %) und Frauen (49 %) sowie Anhänger der AfD (76 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (32 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (39 %) sowie Anhänger der Grünen (49 %), der Union (45 %) und der SPD (40 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Ausschreitungen, Demonstrationen in Chemnitz und Köthen	33 (-12)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	24 (+2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	7 (-)
Erhebungszeitraum	11.-12.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Ausschreitungen bzw. den Demonstrationen in Chemnitz und Köthen. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (48 %), der AfD (47 %) und der Linkspartei (45 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (39 % zu 24 %). Geringverdiener (21 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

50- bis 64-Jährige (30 %) sowie Anhänger der Grünen (36 %), der AfD (33 %) und der FDP (32 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (29 % zu 16 %). Ostdeutsche (19 %) sowie Anhänger der Linkspartei (7 %) und der SPD (19 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

